

Ist Provinz peinlich?
Andrea Nahles lebt in Berlin und liebt ihr Eifeldorf. Das kann nicht unwidersprochen bleiben.
Seite 3, 4

Hinter tausend Stäben eine Welt
Der Gefängnisgeistesarzt Klaus Hamburg erzählt, wie Gott in den Knast kommt.
Seite 5

Viel Papst, wenig Religion
Was junge Leute in Brasilien vom Weltjugendtag erwarten.
Seite 2



IHR MOTIV: LUCINDA CREIGHTON

Sie will doch nur gehorchen

Lucinda Creighton liebt Alfred Hitchcock, Shrek und den Papst, vertraut sie ihren 2000 Facebook-Freunden an. Drei unangepasste Leute. Hitchcock verabscheute Gemütlichkeit, Shrek mag keine Menschen, und der vorige Papst misstraute der Wirklichkeit. So viel Eigensinn muss Folgen haben, und Linda Creighton, bis letzte Woche irische Europaministerin, fiel ihm zum Opfer: Sind wir nicht alle ein bisschen Hitchcock, Shrek oder Papst? Dabei verlangte Lucinda Creightons Beruf Anpassung. Minister müssen Kabinettsdisziplin halten und verteidigen, was die Regierung beschlossen hat, auch wenn sie selber dagegen waren.

Creightons Regierungschef Enda Kenny hat das Abtreibungsverbot im katholischen Irland durchlöchert. Mit großer Mehrheit erlaubte das Parlament letzte Woche Schwangerschaftsabbrüche bei Lebensgefahr für die Mutter. Zum Beispiel dann, wenn sie droht, sich anderenfalls umzubringen. Irgendwie eine katholische Lösung. Aber das sah Lucinda Creighton nicht ein. Unlogisch sei das, sagte sie, und ohne medizinischen Verstand. Sie stimmte dagegen. Das muss dem Papst emeritus Benedikt gefallen haben. Der verbot katholischen Politikern schon vor elf Jahren, bei Abtreibungen Kompromisse einzugehen, denn sie beschädigten die gesamte Lehre. Kein Spielraum, keine Kabinettsdisziplin. Warum nur schob Creighton die Logik vor, wo sie gehorchen wollte? Dann aber, das war wirklich logisch, trat sie zurück. Und versprach, ein gutes Mitglied ihrer Partei Fine Gael zu bleiben. Kenny verstand es aber wohl eher als Drohung, wie seine Ex-Ministerin an ihm vorbei handelte. Er warf sie aus der Partei. Um Angst und Schrecken zu verbreiten. Creighton, die Hitchcock-Freundin, war vermutlich wieder nicht einverstanden, aber konnte es nachvollziehen.

Wolfgang Thielmann

FOTO: THIERRY ROGE

Ach, du bist's!

INTERNET Wer jemanden anonym eines Plagiats beschuldigt, soll künftig nicht mehr gehört werden. Was die Wissenschaft einführen will, müsste für alle Bereiche des Netzes gelten: erst der Name, dann die Kritik

Von Laura Diaz

Annette Schavan wird es nicht mehr helfen, auch wenn es sie vielleicht freut. Schavan-Plagiat droht das Aus. Nach der jüngsten Empfehlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bangen die unbekannten Plagiatsjäger um ihre Geschäftsbasis. Denn in den neuen Richtlinien der DFG wird den Hochschulen ans Herz gelegt, anonymen Hinweisen auf Plagiate nicht mehr nachzugehen. Entweder der sogenannte Whistleblower wendet sich mit seinem Verdacht direkt an die Ombudsperson der wissenschaftlichen Einrichtung, oder die Anschuldigung wird ignoriert. Jemanden anzuschwärzen, ohne den eigenen Namen preiszugeben, soll im Hochschulsystem nicht mehr möglich sein. Die Hochschulrektorenkonferenz begrüßt diese Entscheidung. Man ist sich einig: Anonymität ist künftig unerwünscht.

Nun aber schlagen die Netzaktivisten zurück. Sie bevorzugen es, weiter aus dem Stillen heraus zu agieren. Doch oft wird die Macht der anonymen Masse zur Gefahr. Dann, wenn Vorwürfe und Verleumdungen leichtfertig ins Netz gespuckt werden. Dort bleiben sie haften und hinterlassen für die Betroffenen Spuren, die sie bis ins analoge Leben verfolgen. Der gute Ruf ist schnell ruiniert, das Netz rehabilitiert, wenn überhaupt, nur langsam.

Der CDU-Politiker Uwe Schummer, Obmann der Unionsfraktion im Bildungsausschuss des Bundestages, merkt zu Recht an, dass es sei nur fair sei, seinen Namen zu nennen, wenn man Anschuldigungen erhebt. Die Person, die von der unbekannten Größe im Netz verfolgt wird, kann sich nicht wehren. Anders als im Offline-Leben kennt das Mobbing-Opfer im Netz seine Angreifer nicht. Goethe sagte einst: Der Feige droht nur, wo er sicher ist. Die Namenlosen im Netz fühlen sich sicher. Die Anonymität schützt sie.

Doch das ist ein Trugschluss. Spätestens nach der NSA-Abhöraffaire müsste klar sein: Es gibt keine absolute Anonymität im

Netz. Jeder Klick, jede Google-Suche und jeder Leserkommentar kann zurückverfolgt werden. Wieso dann also nicht gleich zu seiner Meinung stehen? Die digitale Identität lässt sich nicht abschützen. Ein paar Bemühungen, ein paar Recherchen, ein guter Informatiker, und die IP-Adresse verrät. Hinter „MandyMaus“ steckt eigentlich der zweifache Familienvater von nebenan. Die Trennung zwischen online und offline ist kaum noch möglich. Das Internet als Spielwiese, auf der jeder unentdeckt tun und lassen kann, was er will, ist ein Traum der Neunzigerjahre. Das Zeitalter des anar-

chischen World Wide Web, das nahezu keine Identitäten und keine Rechtsbrüche kannte, ist vorbei. Das Internet wurde massentauglich. Nun regieren Internet-Giganten wie Facebook und Google das Netz. In deren Richtlinien heißt es, dass jeder Nutzer bei der Anmeldung im sozialen Netzwerk seinen Klarnamen nennen muss. Also Vor- und Nachnamen, so wie er auf dem Personalausweis steht.

Einige User tricksen diese Regel aus, sie verstecken sich weiter hinter Pseudonymen. Ihre Anonymität ist ihnen heilig. Ein „Johny78“ kann so die Seite der NPD liken, Pornofilme herunterladen und die

verhasste Arbeitskollegin heimlich terrorisieren. Im Zwielicht des Internets verlieren einige Menschen ihre Hemmungen und pöbeln, wie sie es sich auf der Straße nie trauen würden. Im echten Leben handelt man sich schnell ein blaues Auge ein, bei Facebook höchstens eine Ermahnung. Die Psychologie nennt dieses Phänomen „toxische Enthemmung“. Im Netz können also auch Akademiker schimpfen wie Bushido und so ungestraft einen Shitstorm auslösen. Erst neulich musste Grünen-Politikerin Claudia Roth einen Schwall böser Beleidigungen über sich ergehen lassen, als das ZDF im Netz ihr Foto vom Taksim-Platz veröffentlichte. Sie weinte, weil sie während der Proteste mit Tränengas angegriffen worden war. „Blöde Kuh“ war noch der harmloseste Ausdruck der User. Etliche Kommentare mussten gelöscht werden.

Die Anonymität im Netz fungiert als Ventil. Sie sorgt für Aggressionsabbau. Dass dabei oft die Grenzen des geschmackvollen verletzt werden, ist eine von den Schimpfem bewusst in Kauf genommene Provokation. Der von allen Regten befreite Raum wird so missbraucht.

Nach den Anschlügen von Anders Breivik forderte Innenminister Hans-

Peter Friedrich im Jahr 2011 die Abschaffung der Anonymität im Internet. Die Grundsätze der Rechtsordnung, sagte er, müssten auch im Netz gelten. Blogger sollten „mit offenem Visier“ argumentieren. Breivik konnte seine radikalen Ansichten in Foren verbreiten, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Natürlich verbirgt sich nicht hinter jedem namenlosen Nutzer ein Terrorist. Aber es verbirgt sich auch nicht hinter jedem namenlosen Nutzer ein arabischer Rebelle, der um sein Leben fürchten muss, wenn seine Identität bekannt wird. Dieses Argument wird jedoch von Anonymitätsbefürwortern gern benutzt, wenn die Politik Transparenz im Internet verlangt. Auf einmal fordern sie selbst Sicherheit und Schutz. Wenn es aber ohne Sicherheit nicht geht, lautet die entscheidende Frage: Wer muss ganz konkret vor wem geschützt werden?

Auf VroniPlag heißt es bei den FAQs: „Einige Wiki-Beiträger wollen sich durch die Anonymität/Pseudonymität vor persönlichen Anfeindungen schützen und eventuelle Nachteile (zum Beispiel im Beruf) vermeiden.“ Bei den Doktorarbeiten, die die Plattform auf Fälschungen überprüft, werden hingegen immer die Autoren mit Namen angeführt. Ist das fair?

Das Internet sollte sich unserer Gesellschaft anpassen, nicht umgekehrt. Dazu gehört auch, dass gehandelt werden kann, wenn jemand einen anderen verleumdet, beleidigt oder terrorisiert. Wenn nötig, muss also jeder identifizierbar sein. Die neuen Richtlinien der DFG wollen jedoch nicht nur schützen, sie machen auch Mut – Mut, Farbe zu bekennen. Denn wer von seiner Meinung überzeugt ist, sollte dies selbstbewusst kundtun.

Das Ende der Anonymität im Netz wäre eine Chance. Wer im Internet mit dem Namen unterwegs ist, der auf seinem Klingelschild steht, der wird respektvoller mit anderen umgehen. Anstatt sein Recht auf Anonymität zu verteidigen, sollte die Gesellschaft ihn deshalb anspornen: Trau dich, Unbekannter, nenn uns deinen Namen!



BRIEF AN PEER STEINBRÜCK

BETR.: DANKE SAGEN

Sehr geehrter Herr Steinbrück,

eigentlich wollte ich Ihnen gar nicht schreiben. Vielmehr sollte der amtierende Bau- und Verkehrsminister Post von mir bekommen. Denn Peter Ramsauer hat ein langes Sündenregister. Vor allem quält er Autofahrer, wo er kann: Das fängt mit miserablen Baustellenmanagement an, setzt sich fort mit der unsinnigen, malträtierten Punktereform für sogenannte „Verkehrssünder“ und endet noch nicht bei seiner neuesten Idee einer Autobahn-Maut für Pkw-Fahrer – ein schlichtes Abkassieren, nur von der Wirtschaft unterstützt, die auf den Auftrag für neue Kontrollsysteme und -geräte hofft. Mit anderen Worten: Dieser Verkehrsminister wäre ein Grund, die Christenunion nicht zu wählen.

Aber dann haben Sie sich zur US-Ausspähaktion mit der Einlassung gemeldet, Angela Merkel habe in dieser Sache ihren Amtseid verletzt. Der lautet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Unübersehbar ist, dass die Bundeskanzlerin ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmet. Sie ist fleißig, gewissenhaft, unbeirrt, Ausflüge in die High Society sind unbekannt, abgesehen von Bayreuth. Sie führt ein stilles, diszipliniertes Leben. Dass sie unseren Nutzen gemeint hat, wird man nach allen Krisen kaum bestreiten können: Deutschland steht bestens da. Da ist ihr Wohl in großem Maße auch Schadensabwehr gelungen. Sie, verehrter Herr Steinbrück, behaupten nun aber, uns sei Schaden entstanden durch die US-Spähangriffe, und die hätte sie verhindern können und müssen.



Michael Rutz

Michael Rutz lebt als Publizist in Hamburg. Jede Woche adressieren die politischen Publizisten Michael Rutz, Nikolaus Brendler und Johann Michael Möller einen Brief auch an Akteure des Wahlkampfes.